

Bremen, den 2. April 2003

Abschlussbericht zum Aufenthalt an der Staatlichen Universität der Russischen Humanwissenschaften (RGGU, Moskau) im Rahmen des trilateralen Projektes “Transformation and Identity in European Societies” von Januar bis März 2003

Von Anfang Januar bis Ende März 2003 erhielt ich im Rahmen des trilateralen Projektes “Transformation and Identity in European Societies” die Möglichkeit eines dreimonatigen Studienaufenthaltes an der Staatlichen Universität der Russischen Humanwissenschaften (RGGU) in Moskau. Ziel meines Aufenthaltes war es, die Bedeutung von mündlich überlieferter Geschichte („oral history“) als Bestandteil der Humanwissenschaften an russischen Hochschulen zu untersuchen. Daneben verfolgte ich im Archiv der Menschenrechtsorganisation “Memorial” ein eigenes Forschungsinteresse, das aus meiner Magisterarbeit zum Thema “Russische Displaced Persons in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg” hervorging.

“Oral History” – ein Bestandteil des Lehrplans an russischen Hochschulen?

Bevor ich auf die Impulse und neuen Erkenntnisse eingehe, die ich im Rahmen meiner Recherchen im Archiv der Menschenrechtsorganisation “Memorial” gewonnen habe, zunächst ein paar Worte zu Forschung und Lehre im Bereich der Oral History in der Russischen Föderation heute. Während in Deutschland Lutz Niethammer und seine Arbeit zur Zwangsarbeit im Ruhrgebiet viele Nacheiferer gefunden hat, ist die Zahl der russischen Oral-History-Forscher sehr begrenzt, ja, die Wissenschaftlichkeit der Disziplin wird heute immer noch vielfach in Frage gestellt. Wie in meinem Zwischenbericht bereits beschrieben, wird die an westeuropäischen Universitäten heute weitgehend etablierte Disziplin zur Zeit nur an wenigen russischen Hochschulen unterrichtet und ist abgesehen davon vereinzelt in Instituten vertreten, deren Projekte meistens durch Forschungsstipendien aus Westeuropa oder Amerika finanziert werden. Die drei wichtigsten Universitäten, deren Lehrpläne Oral History vorsehen, sind die Central European University (CEU) in St. Petersburg, die Pädagogische Universität in Voronež und die RGGU in Moskau.

Der Lehrplan der Studiengänge Geschichts- und Archivwesen (istoriko-archivovedenie), Geschichte und Politologie an der am trilateralen Projekt teilnehmenden RGGU sieht insgesamt 14 Oral-History-Veranstaltungen vor. In diesen Veranstaltungen werden neben einführenden Vorlesungen zur Terminologie, zu den Aufgaben und Zielen der Oral History und zur wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung und Positionierung der Disziplin in der soziologischen, anthropologischen, historischen und ethnologischen Wissenschaftslandschaft auch Bezüge hergestellt zur Gender- und Totalitarismusforschung. Der Studienplan sieht Veranstaltungen im ersten Halbjahr nach Studienbeginn sowie im gesamten vierten Studienjahr vor.¹ In einführenden Vorlesungen werden zunächst die Methoden der Oral History vorgestellt, im vierten Studienjahr in Vorlesungen und begleitenden Seminaren theoretische Grundlagen erarbeitet. Die Veranstaltungen münden in praktischen Übungen zu verschiedenen Interviewtechniken und Methoden ihrer Analyse. Als Leistungsnachweis gelten von den Studenten durchgeführte und auf Tonband aufgezeichnete Interviews, die in Seminararbeiten transkribiert und ausgewertet werden. Die Interviewpartner, deren Biografien in den Arbeiten vorgestellt und in Teilen analysiert werden, können von den Studenten frei gewählt werden. Im zweiten Halbjahr des vierten Studienjahres wird in der Regel eine Exkursion durchgeführt, auf deren Grundlage Themen für Seminararbeiten vergeben werden.

Eigene Forschungsarbeit

Meine Magisterarbeit zum Thema “Russische Displaced Persons in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg” steht der mündlich überlieferten Geschichte wissenschaftstheoretisch insofern nahe, als auch sie auf der Analyse von Aussagen “einfacher” Leute beruht. Die Arbeit wendet sich jener Teilgruppe der russischen Displaced Persons (DPs) zu, die nach Kriegsende nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren wollten und zunächst in Deutschland blieben. Dorthin waren sie überwiegend als ZwangsarbeiterInnen oder Kriegsgefangene unter Zwang deportiert worden. Auf der Grundlage von Interviews mit heute noch in Deutschland oder Amerika lebenden ehemaligen DPs, durch die Recherche ihrer Briefe aus den Jahren 1946 bis 1953 sowie schriftlich fixierter Lebensberichte wurde dabei versucht, eine

¹ Das Studium an russischen Universitäten und Hochschulen strukturiert sich zeitlich nicht nach Semestern, sondern nach Kursen (kursy), die jeweils ein Studienjahr umfassen.

Sozialgeschichte der DPs nach dem Zweiten Weltkrieg zu schreiben. Eines der zentralen Probleme, das sich beim Schreiben der Arbeit stellte, war die Frage der Freiwilligkeit ihrer Rückkehr in die Sowjetunion. In den untersuchten Dokumenten und Interviews war der Eindruck entstanden, dass ein großer Teil der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und Flüchtlinge sich bewusst gegen die Rückkehr in die Sowjetunion entschieden hatten. Da nach den alliierten Vereinbarungen von Jalta jedoch alle sowjetischen DPs notfalls auch unter Anwendung von Gewalt in die UdSSR zurückgebracht werden sollten, waren sie insbesondere in den ersten fünf Nachkriegsjahren von der Angst vor einer möglichen Auslieferung an die sowjetische Armee beherrscht. Eine bis heute schwer zu ermittelnde Zahl von insgesamt schätzungsweise 190.000 bis 250.000 Sowjetbürgern gelang es jedoch, sich ihrer Rückführung zu entziehen.

Angesichts des Nachdrucks, mit dem heute im Westen lebende ehemalige DPs behaupten, dass viele ihrer Landsleute nur unfreiwillig in die Sowjetunion zurückgekehrt waren, stellte sich die Frage, anhand welcher Materialien sich diese Aussagen überprüfen ließen. Es war ausgerechnet eine Zeitungsente, die der Forschung Anfang der neunziger Jahre unverhofft zu einem Fundus von über 400.000 Briefen von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen verhalf: Irrtümlicherweise wurde in der überregionalen russischen Zeitung "Izvestija" ein Artikel mit der Nachricht veröffentlicht, die Grünenfraktion habe sich im Bundestag erfolgreich um eine finanzielle Entschädigung für die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen bemüht. Die daraufhin einsetzende Flut von Briefen war zum überwiegenden Teil an die Menschenrechtsorganisation "Memorial" in Moskau gerichtet, wo die Briefe bis heute lagern. Ein kleinerer Teil der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wandte sich an die Heinrich-Böll-Stiftung. In den Briefen geht es zwar fast ausschließlich um die Zeit der Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft im deutschen Reich und sie sind in der Regel recht formelhaft und knapp gehalten. Doch fanden sich bei meinen Recherchen hin und wieder auch Hinweise auf das Verhältnis der VerfasserInnen zu ihrer Rückkehr in die Sowjetunion. So erwähnen etwa die meisten, von welchen Truppen sie bei Kriegsende befreit wurden. Leider gibt es darüber hinaus kaum Schilderungen über die genaueren Umstände ihrer Befreiung und ihren anschließenden Aufenthalt in den Lagern für Displaced Persons.

Bei einer Stichprobe unter 300 beliebig herausgegriffenen Briefen (Registriernummer 162.000-162.300), die ich während meines Aufenthaltes in Moskau durchführte, kam

ich zu folgenden Ergebnissen: Während sich in fast allen Briefen Angaben zu den jeweiligen Armeen finden, von denen die Verfasser befreit wurden, enthielten insgesamt 218 Briefe keine Angaben zum genauen Zeitpunkt der Rückkehr in das Heimatdorf bzw. die Heimatstadt. Von den Verfassern derjenigen Briefe, in denen sich genauere Daten finden, kehrten 43 bis Ende 1945 in ihre Herkunftsorte zurück. 35 ehemalige ZwangsarbeiterInnen wurden nach ihrer Befreiung durch die sowjetischen Streitkräfte bzw. nach ihrer Übergabe an die sowjetische Besatzungszone zum Armeedienst mobilisiert oder in so genannte Arbeitsbataillone eingezogen. Sie erreichten ihre Herkunftsorte erst in der Zeit zwischen 1946 und Ende 1951! Ein Paar wurde in ein Arbeitsbataillon in die kasachische SSSR verschickt, wo es bis heute lebt. Aus diesen Angaben ist jedoch noch nicht zu ersehen, welches Verhältnis die befreiten russischen ZwangsarbeiterInnen zu ihrer Rückkehr in ihr Herkunftsland hatten. Leider finden sich weniger Hinweise auf diese Frage, als ich gehofft hatte. Nur indirekt lässt sich aus Formulierungen wie etwa “[nach Kriegsende] wurde ich in die Sowjetunion deportiert” oder der Häufung passiver Sprachkonstruktionen “nach einiger Zeit brachte [oder schickte] man mich nach Hause” ableiten, dass die Rückkehr offenbar nicht bei allen ganz freiwillig war. Über diese Formulierungen hinaus war es jedoch nicht möglich, detailliertere Aussagen zu dieser Frage zu erhalten. Jedoch könnte man das Schweigen über die genaueren Umstände der Heimkehr dahingehend deuten, dass die meisten sie doch eher herbeigesehnt als gefürchtet haben. Damit wäre die Gruppe der Rückkehrverweigerer eher als eine politisch oppositionelle oder auch persönlich motivierte Minderheit zu definieren, denn als Repräsentanten einer großen Zahl ehemaliger sowjetischer ZwangsarbeiterInnen, die sich im Anschluss an den Krieg auf der Flucht vor dem stalinistischen Regime sahen, wie von einigen ehemaligen DPs behauptet wurde. Dies ändert nichts an dem Unrecht der an ihnen begangenen Verletzung der europäischen Tradition des politischen Asyls, grenzt jedoch die Dimensionen dieses Unrechtes und die Zahl der Betroffenen ein Stück weit ein.

Aufenthalt und Betreuung von russischer Seite

An der RGGU konnten die Formalitäten meiner Registrierung und Immatrikulation dank der unbürokratischen Unterstützung von Frau Dr. Galina Michaleva, meines Betreuers Sergej Mruz und der Verwaltung der RGGU recht schnell erledigt werden. Auch die Kontakte zu den im Bereich Oral History maßgeblichen Dozentinnen an der

RGGU sowie zur Gesellschaft "Memorial" konnten schnell hergestellt werden. Frau Dr. Irina Scherbakova und Frau Dr. Darja Chubova von der RGGU waren trotz ihres hohen Arbeitsaufkommens sehr entgegenkommend und versorgten mich mit Lehrmaterialien zur Oral History an der RGGU. Auch die MitarbeiterInnen der aufs Engste mit der Arbeit von Frau Scherbakova und Frau Chubova verbundenen Gesellschaft "Memorial" waren sehr hilfsbereit. Insbesondere der Archivar Boris Belenkin versorgte mich mit Archivmaterialien, verschaffte mir einen ungestörten Platz zum Lesen und Arbeiten und machte mich seinen KollegInnen bekannt. Ihm und seinen MitarbeiterInnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass alle Kontakte ohne Vermittlung durch die Universität von mir selbst hergestellt wurden. So waren die ersten Reaktionen der von mir Angesprochenen in der Regel zunächst etwas irritiert und es bedurfte anfangs vieler Erklärungen, um die nötigen Informationen zu erhalten. Hier wäre es hilfreich und gleichzeitig relativ unaufwendig gewesen, die betreffenden Hochschullehrer durch ein kurzes Telefonat über die Zusammenhänge des trilateralen Projektes und das Vorhaben der Stipendiatin zu informieren.

Erfolg des Aufenthaltes

Wie oben bereits gesagt, war es Ziel meines Aufenthaltes in Moskau und an der RGGU, mir einen Überblick über den Bereich der mündlich überlieferten Geschichte an russischen Universitäten zu verschaffen. Durch diese Aufgabe hatte ich Gelegenheit, einige interessante Kontakte an der RGGU zu knüpfen. Wichtig war für mich auch die Möglichkeit, in der Gesellschaft "Memorial" Recherchen zu einem eigenen Forschungsthema durchführen zu können. Gleichzeitig blieb neben diesen fachlichen Aufgaben ausreichend Zeit, um am kulturellen Leben Moskaus teilzunehmen und meine russischen Sprachkenntnisse zu festigen.

Vorschläge für den weiteren Verlauf des trilateralen Projektes

Das trilaterale Projekt bietet viele Möglichkeiten, die deutschen Studierenden an russischen Hochschulen sonst oft verschlossen bleiben. So ist es zum Beispiel möglich, Kontakt zu Hochschullehrern eines Faches aufzunehmen und etwas über ihre Herangehensweise an diese Disziplin, wie in meinem Falle die Oral History, zu erfahren. Leider blieb das Herstellen von relevanten Kontakten an der RGGU gänzlich

meiner eigenen Initiative überlassen, was zur Folge hatte, dass auch die DozentInnen nicht über die Ziele des trilateralen Projektes aufgeklärt und durch meine Fragen leicht irritiert waren. Es wäre schön, wenn auch an der RGGU (wie an der RUDN) ein intensiverer Kontakt zu einem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universität ermöglicht würde, der als Vermittler zwischen Studierenden und Lehrern auftreten kann. Was die Unklarheiten im Vorfeld der Stipendienvergabe betrifft, schließe ich mich der Kritik von Monika Lenhard an, dass die Fristen und Voraussetzungen für die Vergabe der Stipendien insgesamt transparenter gemacht werden sollten. Dann bietet das trilaterale Projekt sicherlich sehr gute Möglichkeiten, Studierenden beim erfolgreichen Abschluss ihrer Studien zu helfen, da die Aufenthaltszeiten planbarer und konkrete Pläne zum Beispiel für Magisterarbeiten realisierbar würden.

Insgesamt hat mir der Aufenthalt in Moskau und an der RGGU viele neue Impulse und Eindrücke für meine weitere Arbeit vermittelt, wofür ich dem Jean-Monnet-Centre for European Studies und dem DAAD aufs Herzlichste danken möchte.

Anne Kuhlmann